

Antrag

der Abgeordneten Stephan Thomae, Konstantin Kuhle, Benjamin Strasser, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Reginald Hanke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Katja Suding, Michael Theurer, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Unabhängige Studie zum Rassismus in der Polizei jetzt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In den vergangenen Monaten wurden vermehrt rassistische Vorfälle in Sicherheitsbehörden bekannt. Rassistische und ausländerfeindliche Äußerungen in einer WhatsApp-Chatgruppe führten in Nordrhein-Westfalen zur Suspendierung von 30 Polizeibeamtinnen und -beamten. Die Ermittler dort gehen derweil zahlreichen weiteren Meldungen nach (vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article216508792/Rechtsextremismus-Weitere-NRW-Polizisten-unter-Verdacht.html>, letzter Aufruf 02.10.2020). Mehr als 25 Mitglieder einer Dienstgruppe der Berliner Polizei nahmen an einem Chat teil, in dem rassistische Äußerungen getätigt wurden (vgl. <https://www.tagesschau.de/investigativ/monitor/polizei-chat-rassismus-101.html>, letzter Aufruf 02.10.2020). Auch drei Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen sind in Verdacht geraten, sich rechtsextreme Inhalte zugeschickt zu haben (vgl. https://www.wz.de/politik/inland/rassismus-beim-verfassungsschutz-polizisten-unter-verdacht_aid-53677471, letzter Aufruf 02.10.2020).
2. Diese Vorfälle sind nicht repräsentativ für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden und die Polizeibeamtinnen und -beamten in Deutschland. Rassistische Vorfälle wie diese sind aber geeignet, das Ansehen von Polizei und Sicherheitsbehörden in der Bevölkerung massiv zu beeinträchtigen und das Vertrauen in die Polizei – insbesondere bei Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund – zu schädigen. Leidtragende dieser Entwicklung sind vor allem all jene Beamtinnen und Beamte, die tagtäglich

untadelig ihren Dienst versehen. Indem der Bundesinnenminister Horst Seehofer die wissenschaftliche Analyse und Aufarbeitung von Rassismus in den Sicherheitsbehörden unterbindet, erweckt er den Anschein, den Umfang des Problems bewusst verschleiern zu wollen und schadet aus falsch verstandener Rücksichtnahme dem Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich die erforderlichen Schritte einzuleiten, um eine unabhängige wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, deren Ziel es ist, die Verbreitung rassistischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Überzeugungen in den Sicherheitsbehörden des Bundes (Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundespolizei, Bundeskriminalamt) zu ermitteln;
2. die entsprechenden Haushaltsmittel bereitzustellen sowie den Forscherinnen und Forschern freien Zugang zu den Liegenschaften und zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Behörden zu gewähren, soweit dies zur Durchführung der Studie notwendig ist und keine Sicherheits- oder Geheimschutzbedenken entgegenstehen;
3. die Länder zur Durchführung vergleichbarer Studien anzuhalten und sie hierbei gezielt zu unterstützen.

Berlin, den 6. Oktober 2020

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.